

Frank Decker

Die Renaissance der Sozialisten

Warum der linke dem rechten Populismus den Rang ablaufen könnte

Tritt das bundesdeutsche Parteiensystem mit dem Erfolg der LINKSPARTEI in eine neue Phase der Pluralisierung? Der Autor geht davon, dass gerade das populistische Auftreten des Führungsduos Gysi/Lafontaine dem Bündnis aus WASG und PDS eine längerfristige Etablierung im Parteienspektrum bescheren könnte. Kann der linke dem rechten Populismus in Zukunft gar dauerhaft den Rang ablaufen? Zumindest scheint die LINKSPARTEI den gescheiterten Rechtspopulisten voraus zu haben, neben dem Charisma ihrer Führer über eine größere Organisationskraft zu verfügen.

In Publizistik und Wissenschaft wurde lange Zeit darüber gerätselt, warum es in der Bundesrepublik im Unterschied zu fast allen europäischen Ländern keine dauerhaft erfolgreiche rechtspopulistische Partei auf der nationalen Bühne gibt. Jetzt schickt sich mit dem Bündnis von PDS und WASG eine linkspopulistische Gruppierung an, das zu erreichen, was den Rechtsaußenparteien bis zuletzt versagt geblieben ist. Das bundesdeutsche Parteiensystem könnte damit in eine neue Phase der Pluralisierung eintreten, welche die Bildung einer Regierung nach dem vertrauten Muster kleiner Koalitionen in Zukunft schwieriger macht.

Dass die Pluralisierung erneut auf der linken Seite des politischen Spektrums erfolgt, ist nicht ohne Ironie. Eine Aufspaltung des linken Lagers hatte es ja bereits in den 70er bzw. 80er Jahren gegeben, als die GRÜNEN zur vierten Kraft im Parteiensystem aufstiegen. Die dadurch eintretende elektorale Schwächung der SPD half den Unionsparteien, ihre Mehrheit im Bund über eineinhalb Jahrzehnte zu verteidigen. Erst als die grüne Wählerschaft über Koalitionsbildungen reintegriert werden konnte, wurde die neuerliche Regierungsübernahme der Sozialdemokraten im Jahre 1998 möglich.

Derselbe Prozess scheint sich jetzt zu wiederholen.

Zwei Szenarien sind denkbar: Zum einen könnte die Rückgewinnung der abtrünnigen Wähler unmittelbar gelingen, wenn eine von der Last der Regierungsverantwortung befreite SPD in der Opposition selber populistisch agierte. Dies würde aber voraussetzen, dass sie sich auf den Weg zu einer Partei der bloßen sozialstaatlichen Besitzstandswahrung zurückbegibt, den sie in ihrer Regierungszeit programmatisch und realpolitisch hinter sich gelassen hat. Ein so radikaler Kurswechsel wäre der Wählerschaft wohl kaum vermittelbar.

Realistischer erscheint insofern das zweite Szenario: Die LINKSPARTEI schafft es, sich neben SPD und GRÜNEN als dritte oppositionelle Kraft zu etablieren. Für die Noch-Regierungspartei SPD würde das bedeuten, dass sie diese in ihre Bündnisüberlegungen früher oder später miteinbeziehen müsste, um ihre Mehrheitsfähigkeit gegenüber dem bürgerlichen Lager zurückzugewinnen. Gewiss könnte sich die LINKSPARTEI selber ein Bein stellen, wenn es ihr nicht gelingt, eine tragfähige Organisation aufzubauen und die für ein erfolgreiches Auftreten nötige Geschlossenheit nach außen zu vermitteln. Der soziokulturelle Graben, der sich zwischen den im Osten fest etablierten Postkommunisten und der stark gewerkschaftlich geprägten Neugründung im Westen auftut, ist beträchtlich.

Überwiegend Idealisten aus dem sozialdemokratischen Lager

Während die in der alten Bundesrepublik nach wie vor stigmatisierte PDS in den neuen Bundesländern zu einer professionellen Größe herangewachsen ist, die sich pragmatisch gibt und die Beteiligung an der Macht nicht scheut, tummeln sich in der WASG überwiegend Idealisten aus dem sozialdemokratischen Lager, die ihrer Partei aus Enttäuschung den Rücken gekehrt haben. Aber auch innerhalb der beiden Parteien rivalisieren unterschiedliche Gruppen und Strömungen miteinander. So steht in der PDS der doktrinäre Flügel der DDR-Nostalgiker, der die ideologische Reinheit der Partei bewahren möchte, gegen den reformorientierten Kurs eines Bisky oder Gysi, denen ein Zusammenschluss mit der WASG gut ins Konzept passen würde. Letztere leidet wiederum unter dem für populistische Protestparteien typischen Problem, dass sie eine natürliche Sogwirkung auf Renegaten und Sektierer ausübt. Unabhängig von der Herausforderung, die der Zusammenschluss allein organisatorisch birgt, dürfte es nicht leicht werden, all diese Kräfte unter einen Hut zu bringen.

Dennoch spricht vieles dafür, dass eine neue LINKSPARTEI in der Bundesrepublik mehr als nur kurzfristigen Erfolg haben könnte. Für den kurzfristigen Erfolg dürfte allein das Duo Gysi-Lafontaine bürgen, die in ihrer Fähigkeit zur populistischen Wähleransprache derzeit von keinem anderen bundesdeutschen Politiker übertroffen werden. Aber auch ohne charismatische Führerfiguren an der Spitze ist durch die vermeintliche Wende der SPD zum »Neoliberalismus« ein Vakuum im Parteiensystem entstanden, das geradezu danach drängt, ausgefüllt zu werden. Dabei war und ist es nicht die *Agenda*-Politik als solche, sondern die Art, wie diese Politik ins Werk gesetzt wurde, die der SPD jetzt elektoral zusetzt: Weder hatte die Partei die Mitglieder und Wähler

auf den 2003 eingeschlagenen neuen Kurs programmatisch vorbereitet, noch war sie imstande, die verschiedenen, in sich ja durchaus begründbaren Reformschritte in ein konzises, aufeinander abgestimmtes Gesamtkonzept einzubetten und dieses mit einem ideellen Überbau zu versehen. Gysi und vor allem Lafontaines Intentionen werden darin bestehen, wieder und wieder in dieser Wunde zu rühren. Tatsächlich weist die Plattform des neuen Linksbündnisses große Ähnlichkeiten mit dem Programm auf, dass die SPD 1998 nach 16 Jahren Opposition zurück an die Regierung brachte. Dessen Verfasser hieß bekanntlich Oskar Lafontaine.

Zu den potenziellen Wählern der neuen LINKSPARTEI gehören in erster Linie die vom Abstieg bedrohten oder bereits betroffenen Unterschichten, die in der Wahlsoziologie als »Modernisierungsverlierer« oder »Prekariat« firmieren. In anderen Ländern bilden diese heute das größte Rekrutierungsreservoir der rechtspopulistischen Parteien. Dies war nicht von Beginn an so. Als die neuen Rechtspopulisten Mitte der 80er Jahre in Ländern wie Italien, Frankreich, Belgien und Österreich etwa zeitgleich die Bühne betraten, zeichnete sich ihre Wählerschaft noch durch einen starken Überhang von Selbstständigen, Kleingewerbetreibenden und Angehörigen des alten Mittelstandes aus, die zur typischen Klientel der bürgerlichen Parteien zählen. Dasselbe gilt für Dänemark und Norwegen, wo die rechtspopulistischen Parteien bereits in den 70er Jahren entstanden waren.

In den 90er Jahren zeigte sich das Bild gänzlich verändert. Facharbeiter und Empfänger von Unterstützungsleistungen machten nun einen so großen Anteil unter der rechtspopulistischen Klientel aus, dass man in der Literatur von einer »Proletarisierung« der Wählerschaft sprach. Zwei Vertretern, dem französischen FRONT NATIONAL und der SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI, ist es sogar gelungen, die Links-

parteien in dieser Hinsicht zu überflügeln. Bei den anderen reicht der Arbeiteranteil an denjenigen der sozialdemokratischen Parteien heute nahezu heran. Diese sind umgekehrt immer mehr zu Parteien der »Besserverdienenden« mutiert, bei denen die Angehörigen des neuen Mittelstandes, die von ihrem Habitus her durchweg bürgerlich sind, die Wählerschaft klar dominieren.

Die veränderte Wählerstruktur zog auch programmatische Konsequenzen nach sich. Nachdem die rechtspopulistischen Vertreter in den 80er Jahren noch überwiegend marktliberal ausgerichtet waren, traten sie nun als Retter des Wohlfahrtsstaates auf und machten sich zum Anwalt sozialer Sicherheitsbedürfnisse. Im Zuge dieser Umorientierung wurde auch die Europäische Union als neues Anti-Thema entdeckt. Der Sozialprotektionismus entpuppte sich als elektorales Erfolgsrezept, weil er mit den identitätspolitischen Kernforderungen der Rechtsparteien leichter in Einklang zu bringen war als der Neoliberalismus. Im Zentrum der rechtspopulistischen Ideologie stand ja von Beginn an die Frage nach der nationalen Identität und Zusammengehörigkeit, die man durch Migration und multikulturelle Vermischung bedroht sah. So wie bei der Erneuerung des Wohlfahrtsstaates handelt es sich auch bei den aus der Zuwanderung resultierenden Integrationsproblemen um eine gesellschaftspolitische Daueraufgabe. Von daher wäre es verwunderlich, wenn das Thema von den Rechtspopulisten in Zukunft nicht weiter ausgebeutet werden würde.

Populistische Transformation auf Seiten der Linken

Bleibt die Frage, ob die Erfolgsformel eines kulturalistisch unterfütterten Protektionismus ausschließlich den rechtspopulistischen Vertretern vorbehalten sein muss. In der Vergangenheit war das zwei-

fellos der Fall. Seit einigen Jahren zeichnen sich jedoch Tendenzen einer populistischen Transformation auch auf der linken Seite des politischen Spektrums ab, die einerseits bewegungsförmigen Charakter (ATTAC) annehmen, und andererseits in den Parteiensystemen Niederschlag finden. Ein europaweiter Vergleich zeigt, dass dort, wo es neben der Sozialdemokratie eine zweite linke – sei es sozialistische oder kommunistische – Partei gibt (Finnland, Schweden, Irland, Griechenland, Portugal, Spanien), diese bei den vergangenen Wahlen zum Teil deutlich zugelegt haben. In den genannten Ländern fehlt bezeichnenderweise eine starke rechtspopulistische oder -extremistische Kraft, wie sie z.B. in Dänemark, Frankreich und Italien neben den Linksaußenparteien existiert. In anderen Fällen (z.B. den Niederlanden) verdanken die Linksozialisten ihre Zuwächse primär den Parteien der politischen Mitte und nicht den Rechtsaußenparteien. Nur in wenigen Fällen (z.B. Österreich und Belgien) konnten die Rechtspopulisten ihre Monopolstellung als Nutznießer des Sozialprotestes verteidigen.

Wie lässt sich die Verschiebung vom rechten zum linken politischen Spektrum erklären? Diese Frage drängt sich umso mehr auf, als manche Autoren die Möglichkeit eines Populismus von links überhaupt bezweifeln, der den Erfolgen der sozialistischen Parteien offenbar zugrunde liegt. Wenn das Wesen des beschleunigten Modernisierungsprozesses darin liegt, dass er zu wachsender Desintegration und Fragmentierung führt, so zieht er zwangsläufig Reaktionen der »Schließung« nach sich, die sich in protektionistischer Abwehr, Konstruktion von Feindbildern und dem Appell an eine überkommene Gemeinschaft ausdrücken. Es ist nicht in erster Linie die Rückwärtsgewandtheit, sondern das anti-egalitäre Moment, das solche Schließungsreaktionen ideologisch als »rechts« qualifiziert – im Unterschied

zur egalitären und universalistischen Linken. Von daher scheint es kein Zufall, dass die neuen Herausfordererparteien heute fast ausnahmslos im rechten politischen Spektrum beheimatet sind.

Dies schließt die Möglichkeit eines linken Populismus allerdings nicht aus. Wie die Erfahrungen aus Lateinamerika und Osteuropa zeigen, kann dieser historisch sogar auf eine lange Tradition zurückblicken, wobei die Verbindung zur autoritären Regierungsform zumindest im lateinamerikanischen Fall einen wichtigen Unterschied zur aktuellen Situation in den etablierten westeuropäischen Demokratien markiert, in denen sich die Rechtspopulisten eher als systemoppositionelle Protestparteien gerieren. So wie die rechten pflegen auch die linken Populisten das anti-elitäre Ressentiment, die

Gegnerschaft zum herrschenden System und die Parteinahme für das sogenannte einfache Volk. Im Gegensatz zu diesen dehnen sie das exklusorische Prinzip allerdings nicht auf die horizontale Ebene aus, wo sie ihren egalitären Zielen weiter verpflichtet bleiben und in wertebezogenen Fragen eher liberal oder libertär auftreten. Auf der kulturellen Konfliktachse bilden sie damit den Gegenpol zur populistischen Rechten.

Stellt man die ideologischen Positionen den Wählereinstellungen gegenüber, so zeigt sich bei den Unterstützern der Linksparteien freilich das altbekannte Phänomen, dass sie in kulturellen Fragen sehr viel weiter rechts stehen als die Partei (*working class authoritarianism*). Für die Linkssozialisten könnte es also durchaus lohnend sein, sich gewisser

Versatzstücke des Rechtspopulismus zu bedienen, um die eigene Wählerbasis zu verbreitern. Wie das funktioniert, haben Oskar Lafontaines Einlassungen zur Zuwanderungspolitik im letzten Bundestagswahlkampf gezeigt, die in der Diktion (»Fremdarbeiter«) genauso gut von Jörg Haider oder Franz Schönhuber hätten stammen können. Wenngleich sich die Partei offiziell von Lafontaine distanzierte, blieb die öffentliche Reaktion auf dessen Äußerungen bemerkenswert schwach.

Der künftige Ko-Vorsitzende der LINKSPARTEI dürfte insofern nicht ganz falsch liegen, wenn er in der kulturellen Erweiterung des sozialstaatlichen Protektionismus ein Erfolgsrezept sieht. Dies gilt umso mehr, als die über den Faschismusverdacht erhabene LINKSPARTEI.PDS hier relativ unbefangen agieren kann, muss sie doch nicht fürchten, wie andere Kräfte als »rechts« oder »rechtsextrem« abgestempelt zu werden.

Erschöpfung des europäischen Rechtspopulismus

Bleibt die Frage, ob der linke dem rechten Populismus in Zukunft dauerhaft den Rang ablaufen könnte? Europaweit gesehen verbieten sich hier gewiss voreilige Generalisierungen, da die Bedingungen der Wahlerfolge der Anti-Establishment-Parteien in den einzelnen Ländern ganz unterschiedliche sind. Markante Differenzen bestehen dabei nicht nur zwischen den alten und neuen Demokratien in West- und Mitteleuropa, sondern auch innerhalb der Westeuropas. Dort halten sich die rechtspopulistischen Herausforderer in einigen Ländern auf hohem Niveau (Frankreich, Belgien, Schweiz, Norwegen und Dänemark), während sie in anderen Ländern marginalisiert bleiben oder zuletzt deutliche Einbußen erlitten haben (Deutschland, Schweden, Österreich).

Dennoch scheint es nicht übertrieben, von einer allgemeinen Erschöpfung des

europäischen Rechtspopulismus zu sprechen, die ihren linken Pendanten neue Gelegenheiten zutreiben könnte. Die Gründe für die nachlassende Mobilisierungskraft sind zunächst ideologisch-programmatischer Natur. Einerseits haben die *Mainstream*-Parteien den rechten Herausforderern wichtige Schlüsselthemen wie die Reform des politischen Systems oder die Migrationsfrage entwunden. Insbesondere letztere bietet den Rechtsaußen-Parteien kaum noch Angriffsflächen, nachdem die Einwanderungsgesetze verschärft wurden und die Absage an einen falsch verstandenen Multikulturalismus nahezu Allgemeingut geworden ist. Andererseits gewinnen im Zuge des globalen Standortwettbewerbs verteilungsbezogene Konflikte an neuer Bedeutung, die von jeher die Domäne der linken Parteien bilden. Wachsende Einkommensungleichheit, Marginalisierung immer größerer Bevölkerungsteile und der Zerfall des wohlfahrtsstaatlichen Konsenses unterminieren das Kernversprechen sozialer Gerechtigkeit, das der Demokratie materiell zugrunde liegt. Nicht dass die protektionistische Antwort der Linkspopulisten auf diese Herausforderungen überzeugend ausfiel; allein dadurch, dass sie die Schattenseiten des Kapitalismus beim Namen nennen und schonungslos brandmarken, gewinnen die Sozialisten unter ihren Anhängern Glaubwürdigkeit.

Auch in organisatorischer Hinsicht haben die Linkspopulisten ihren häufig erratisch auftretenden rechten Gegenspielern manches voraus. Der tabubrecherische Stil der Haider, Le Pens und Berlusconi mag zur Beliebigkeits- und Spaßkultur der 90er Jahre gepasst haben; in den Zeiten der neuen Ernsthaftigkeit droht er sich zu überleben. Dass sie dem Bedürfnis nach pragmatischer Politik und realistischen Lösungen nichts Überzeugendes entgegenzusetzen können, haben die Rechtsparteien dort, wo sie sel-

ber in Regierungen eingetreten sind, hinlänglich demonstriert – in Italien, Österreich, den Niederlanden und – in kleinerem Maßstab – Hamburg. Gescheitert sind die Rechtspopulisten häufig auch am Problem der Organisationsbildung, wo sie sich ganz auf das Charisma ihrer Führerfiguren verlassen haben, statt zu versuchen, dieses Charisma durch Institutionalisierung zu verstetigen.

Natürlich profitiert auch die Linke in der Bundesrepublik von den charismatischen Eigenschaften und populistischen Begabungen der beiden Hauptmatadore Gysi und Lafontaine. Zugleich verfügt sie jedoch durch die in Ostdeutschland gesellschaftlich fest verankerte und organisatorisch bestens vernetzte PDS über genügend Ressourcen, um im Wettbewerb mit den anderen Parteien zu bestehen und den irgendwann zu erwartenden Abgang von Gysi und Lafontaine aufzufangen. Wie die PDS in den ostdeutschen Bundesländern gezeigt hat, ist ein prag-

matischer Kurs der Machtbeteiligung durchaus möglich, ohne dass die populistische Zugkraft deshalb schwinden muss. Eine solche Gratwanderung setzt allerdings voraus, dass die Partei auf der Bundesebene in der Oppositionsrolle verbleibt. Würde sie auch dort in die Regierungsverantwortung einbezogen, wäre eine Fortsetzung der gegenwärtigen – innerparteilich schon jetzt heftig umstrittenen – Linie nicht mehr möglich. Die Linke müsste dann von Positionen abrücken, denen sie ihre populistische Mobilisierungsfähigkeit maßgeblich mitverdankt. Neben der Sozialdemokratie hätten davon vermutlich auch die bisher marginalisierten Rechtsparteien den Nutzen.



Frank Decker (*1964) ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn. 2006 erscheint im VS VERLAG *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* frank.decker@uni-bonn.de

Alain Touraine

Linker Populismus in Lateinamerika

Auch der großflächige Linksruck dürfte Lateinamerika kaum aus der Krise führen, stellt Alain Touraine nüchtern fest. Der Kontinent schein heute weiter davon entfernt zu sein, eine politische Lösung für seine sozialen Probleme zu finden als noch vor dreißig Jahren. Der Grund: Es gebe keine Verbindung zwischen den sozialen Bewegungen und den politischen Parteien.

Das Ergebnis mehrerer Wahlen in Südamerika in den letzten Monaten hat zahlreiche Beobachter dazu veranlasst, eine Entwicklung in Richtung einer Linken zu diagnostizieren, die weit von den nordamerikanischen Formen entfernt ist und sich auf soziale Bereiche stützt, die als »populär« bezeichnet werden könnten. Es erweist sich aber als wenig vorteilhaft, Begriffe zu verwenden, die für einen ganz

anderen Kontext geprägt worden sind. Die Sprache, die für ein parlamentarisches System geeignet ist, kann schlecht auf ein präsidentiales oder ein halbpräsidentiales System angewendet werden. Im Fall Lateinamerika habe ich gute Gründe, eine Auffassung zu verteidigen, die von der Mehrheitsmeinung weit entfernt ist. Dass Alan García die Wahlen in Peru gewonnen hat und Felipe Calderón in